

Peter Gauweiler

"Sanktionen sind Eskalationen"

Im Interview erklärt CSU-Vize Peter Gauweiler, warum er an eine ähnlich große Kriegsgefahr wie 1914 glaubt und was er von der Rolle der EU im Ukraine-Konflikt hält.

Ein Interview von Katharina Schuler | 13. Mai 2014 13:51 Uhr

ZEIT ONLINE: Herr Gauweiler, Sie sind ein streitbarer Mensch. Gerade erst haben Sie sich mal wieder großen Unmut auch aus den eigenen Reihen zugezogen. Anlass war Ihre Kritik an jener OSZE-Mission, deren Teilnehmer in der Ukraine in Geiselhaft geraten waren. Sie haben gesagt, dieser Einsatz wirft Fragen auf. Tut er das immer noch?

Peter Gauweiler: Der Einsatz von dem Sie reden, war keine Mission der OSZE. Die OSZE in Wien hatte vielmehr mit allen Vertragsstaaten "lagerübergreifend" im März eine eigene, große Mission ihrer Organisation beschlossen, mit der als erstes rund 100 zivile Beobachter in die Ostukraine entsandt werden sollten, um aufzuklären und zu deeskalieren.

Dass Berlin, unabhängig davon, mit Kiew eine bilaterale Mission in Marsch setzt, unter Leitung eines Oberst der Bundeswehr, fand ich nicht glücklich – auch wenn sich diese auf eine allgemeine OSZE-Vereinbarung aus dem Jahre 2011 und eben auf eine Einladung der ukrainischen Regierung stützen konnte. Wir dürfen dem wechselseitigen Misstrauen keine Nahrung geben.

ZEIT ONLINE: Wie lässt sich das verhindern?

Gauweiler: Wir müssen jede einseitige Parteinahme vermeiden. Heute reden alle über die Parallele 1914-2014. Wenn es damals in Berlin nach dem Attentat von Sarajewo nur ein paar bürgerliche Reichstagsabgeordnete gegeben hätte, die der Eskalationsspirale öffentlich gegengehalten hätten: "Ihr taumelt am Rande des Abgrunds!", dann wäre es unseren Eltern und Großeltern vielleicht besser ergangen.

ZEIT ONLINE: Glauben Sie denn, dass wir uns heute in einer ähnlichen Kriegsgefahr befinden wie 1914?

Gauweiler: Ja, diese Gefahr besteht. Nur sind die "Schlafwandler" von damals heute anders gewandelt. Zu denen will ich nicht gehören.

ZEIT ONLINE: Aber die Bundesregierung verspricht doch immer wieder, es wird keinen Krieg geben. Und man hat wahrlich nicht den Eindruck, dass irgendjemand auf der europäischen Seite ein Interesse an einem Krieg hat. Worin genau ist die Situation vergleichbar mit 1914?

Gauweiler: Im starken Willen zum Missverständnis auf beiden Seiten und auf allen Seiten in der Medienhetze. Eine bedrückende Parallele ist auch das Wunschdenken und, dass die Akteure bei ihren Weichenstellungen übersehen, was in der Realität als nächstes passiert. Und jede Seite denkt, sie hätte die Moral absolut gepachtet.

ZEIT ONLINE: Sanktionen sind ja ein Mittel, Druck auszuüben, ohne auf militärische Mittel zu setzen. Helfen Sie nicht, einen Krieg zu vermeiden und brauchen wir gegenüber Russland härtere Sanktionen?

Gauweiler: Sanktionen sind Eskalationen. Dem Irak-Krieg gingen auch ständig gesteigerte Sanktionen voraus. Ich bin absolut dagegen weiter an der Sanktionsschraube zu drehen.

ZEIT ONLINE: Sie sind seit November vergangenen Jahres stellvertretender CSU-Vorsitzender und spielen im Europawahlkampf der CSU eine wichtige Rolle. In der Vergangenheit haben Sie jedoch ausgesprochen eurokritische Positionen vertreten und vielfach gegen europäische Gesetze geklagt. Wären Sie nicht eigentlich genau der richtige Mann für die Alternative für Deutschland?

Gauweiler: Nein, weil ich gegen eine Spaltung des bürgerlichen Lagers bin. Das Schicksal, dass diese ganzen kleinen Organisationen haben, ist doch vorgezeichnet: Sie kommen und sie gehen, aber jedes Mal schwächen sie die bürgerliche Position. Italien und die Vernichtung unserer alten Schwesterpartei, der Democrazia Cristiana, sind ein warnendes Beispiel.

ZEIT ONLINE: Früher haben Sie den Euro als Esperanto-Währung verspottet, sind Sie heute von seiner Notwendigkeit überzeugt?

Gauweiler: Naja, die Entwicklungen des Euro in den letzten 20 Jahren hat uns Kritiker von damals nicht gerade widerlegt. Aber es hilft nichts, wir können nun mal nicht die Zeit zurückdrehen.

ZEIT ONLINE: Gibt es eigentlich etwas, was Sie an der EU begeistert?

Gauweiler: Was mir beispielsweise am Europäischen Parlament gefällt, ist, dass die Europaparlamentarier nicht so unter Fraktionszwang stehen und dass das freie Mandat dort mehr respektiert und gelebt wird.

ZEIT ONLINE: Diese Antwort erstaunt nicht, bei einem Mann, der immer wieder anders gestimmt hat als seine Fraktion. Aber ist das nicht ein bisschen wenig?

Gauweiler: Das ist sehr wichtig. Und die aktive Bindung und Einbindung der Länder unseres Halbkontinents untereinander ist – angesichts ihrer früheren Feindschaften – etwas weiteres extrem Wichtiges. Aber wie kommt es, dass trotz dieser so positiven Ausgangslage die Beteiligung an Europawahlen gleichwohl von Mal zu Mal sinkt? Das ist Ausdruck eines

Peter Gauweiler

Jahrgang 1949, wurde in den achtziger Jahren als Staatssekretär im bayerischen Innenministerium bundesweit für seine harte Haltung im Kampf gegen Aids oder in der Auseinandersetzung um Wackersdorf bekannt. 1994 musste er wegen der Kanzlei-Affäre als bayerischer Umweltminister zurücktreten, die Vorwürfe bestätigten sich nicht. Gauweiler gehörte zu den Gegnern der Euro-Einführung und hat im Laufe der vergangenen Jahre mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht gegen europäische Verträge und Gesetze geklagt. Für Aufsehen sorgte auch seine kritische Haltung zu den jüngsten Militäreinsätzen der Bundeswehr. Seit November 2013 ist er CSU-Vize. Im Europawahlkampf seiner Partei spielt er eine herausgehobene Rolle.

Protestes gegen Missstände wie Überregulierung, die Ineffizienz der EU-Kommission und wuchernden Zentralismus, und darüber muss man reden.

ZEIT ONLINE: Sie haben im Wahlkampf die Funktion, den rechten Rand einzubinden. Fühlen Sie sich von Ihrer Partei nicht auch ein bisschen instrumentalisiert?

Gauweiler: Ich finde den Ausdruck "rechter Rand" unoriginell. "Eurokritiker" gibt es auf der Linken mindestens genauso viele.